01 / 2013 www.SBL2013.de 11.01.13

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich wünsche euch und euren Lieben ein glückliches und gesundes Jahr 2013! Politisch wünsche ich uns vor allem Erfolg für dieses Superwahljahr, das in Niedersachsen den Auftakt macht, Entscheidungen in Bayern und Hessen anstehen und das seinen Höhepunkt am 22.9.2013 bei der Bundestagswahl findet!
Die schwarz-gelbe Regierung ist Geschichte! Wir wollen einen echten Regierungswechsel und wir wollen im Wahlkreis 198 das Direktmandat zurück erobern! Dafür lohnt es sich zu kämpfen!
In den Jahresauftaktklausuren der Fraktion und im Wahlkreis war die Stimmung gut! Nun müssen wir nur noch aus Stimmung Stimmen machen :)
Auf den Neujahrsempfängen werden wir damit beginnen- ich freu mich viele von euch dort zu sehen!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Kindergeld – Wir wollen eine gerechtere Lösung!

Der aktuelle Familienleistungsausgleich ist ungerecht, weil er ausgerechnet die Familien mit den höchsten Einkommen am stärksten fördert. Es gilt die widersinnige Regel: Je höher das Einkommen, desto mehr gibt es für das Kind. So bekommt der Einkommensmillionär über die Steuerfreibeträge fast hundert Euro mehr pro Monat und Kind als Mütter und Väter mit Durchschnittseinkommen.
Mit unserem Neuen Kindergeld stellen wir den Familienleistungsausgleich vom Kopf auf die Füße: Denn wir machen Schluss mit der Besserstellung von Familien mit hohem Einkommen und unterstützen dafür stärker all die Familien, die mit geringen Einkommen auskommen müssen. Daneben setzen wir auf den Ausbau von Ganztagsangeboten für Kinder und Gute Arbeit für die Eltern.
Wir sind sicher: Nur mit diesem Dreiklang von Maßnahmen können wir die Lebensbedingungen von Familien spürbar verbessern. Der Ausbau von Ganztagskitas und Ganztagsschulen sorgt für bessere Bildungschancen für die Kinder und Jugendlichen genauso wie für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern.
Hierzu haben wir einen Ausbauplan bis 2020 entwickelt, der die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsangebote zum Ziel hat. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn, einem Gesetz zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit, Verbesserungen bei den Minijobs und einem Rückkehrrecht auf Vollzeitarbeit verbessern wir die Arbeits- und Einkommensbedingungen für Eltern.
Das Neue Kindergeld ist für Familien die notwendige Flankierung zum gesetzlichen Mindestlohn. Denn ohne eine an die Kinder geknüpfte Leistung würden es vielen Eltern – trotz eines gesetzlichen Mindestlohns – nicht gelingen, sich aus der Abhängigkeit von SGB-II-Leistungen zu befreien. Mit unserem Maßnahmenbündel unterstützen wir alle Familien. Mit dem gesetzlichen Mindestlohn und dem Neuen Kindergeld unterstützen wir gezielt Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen. Es wird deutlich mehr Eltern möglich sein, für sich und ihre Kinder den Unterhalt aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Die Anzahl der Familien, die auf SGB-II-Leistungen angewiesen sind, wird sich deutlich verringern.

Wirtschaft

Rösler und die Union – Jetzt aber schnell!

Gegen Ende ihrer Regierungsverantwortung entdecken Bundeswirtschaftsminister Rösler und die Union das Feld der Wirtschaftspolitik. Als hätte es noch weiterer Beweise für die bisherige Untätigkeit von Wirtschaftsminister Rösler bedurft, hat er nunmehr ein wirtschaftspolitisches Positionspapier vorgelegt, als sogenannter „Kompass des Ministers für die Ausgestaltung unserer sozialen Marktwirtschaft“. Vor allem ist dieses Papier ein Sammelsurium von abstrakten Forderungen, die Herr Rösler, wenn er denn gewollt hätte, in seiner bisherigen Amtszeit hätte anpacken müssen.
Wirtschaftsminister Rösler fordert, die Energiewende sicher und bezahlbar für Verbraucher und Unternehmer auszugestalten, ist aber bis heute ein schlüssiges Gesamtkonzept schuldig geblieben. Grotesk wird es, wenn der Minister selbst neun Monate vor Ende der Legislatur die schnellstmögliche Umsetzung des Koalitionsvertrags von 2009 fordert, wie bei der Einberufung einer Expertenkommission zu Privatisierungen.
Bei der Union sieht es nicht besser aus: In ihrer „Wilhelmshavener Erklärung“ fordert sie die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung, um die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu steigern – auch dies ein Punkt aus dem Koalitionsvertrag. Den Bürokratieabbau will sie „konsequent fortsetzen“, dabei hat sich hier in dieser Legislatur wenig getan – im Gegenteil: Der Normenkontrollrat hat in seinem Jahresbericht 2012 festgestellt, dass der Bürokratieabbau erkennbar an Schwung verloren hat.
Wenn FDP und Union tatsächlich einmal eine konkrete Idee haben, legt dies die Zerrissenheit dieser Koalition offen: Da erteilt Rösler einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn eine Absage, „weder unmittelbar per Gesetz noch durch eine Kommission“. Im Papier der Union heißt es dagegen: „Eine Kommission der Tarifpartner soll diese [allgemein verbindliche Lohnuntergrenze] festlegen.“
Die gegenseitige Blockade, die Plan- und Konzeptlosigkeit der Koalition hat Deutschland nicht verdient.

Europa

Sozialbericht – Stabiler Norden, gebeutelter Süden!

Der aktuelle Sozialbericht der Europäischen Union zeigt, dass die Zeit reif ist für ein gemeinsames Soziales Europa. Er ist die schriftliche Bestätigung dafür, dass eine besorgniserregende soziale Aufspaltung Europas in einen relativ stabilen Norden und einen von der Rezession gebeutelten Süden droht. Denn gerade dort sind die Sozialsysteme als Folge der anhaltenden Wirtschaftskrise überlastet. Sie sind kaum noch fähig, die sozialstaatlichen Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen.

Dass eine soziale Aufspaltung Europas nicht nur ein Gefühl ist, wird auf bittere Art und Weise durch die Arbeitslosenzahlen belegt: Während im November EU-weit 10,7 Prozent (26,1 Millionen) ohne Job waren, spitzt sich gerade die Lage in Spanien und Griechenland immer weiter zu: 26,6 Prozent der Spanier und 26 Prozent der Griechen waren im November ohne Job. Besonders für junge Menschen auf Arbeitssuche ist die Lage dabei besonders prekär: In Spanien waren 56,6 Prozent der jungen Menschen arbeitslos, in Griechenland sogar 57,6 Prozent, mehr als doppelt so viele wie im europäischen Durchschnitt.

Die Ernsthaftigkeit der Lage machten auch die unüblich scharfen Töne von EU-Sozialkommissar Lázsló Andor deutlich, der von einer „neuen Kluft“ sprach und sagte, dass 2012 „ ein weiteres sehr schlechtes Jahr“ für Europa war, „was die soziale Lage betrifft.“ Denn auch das Armutsrisiko stieg vor allem in den südlichen und südosteuropäischen Ländern enorm an. Der EU-Kommissar fordert zu Recht „soziale Investitionen“ und Mindestlöhne, wie es sie in vielen europäischen Staaten bereits gibt.

Auch hier blockiert die deutsche Bundeskanzlerin sozialen Fortschritt. Die soziale Lage in Europa ist ernst. Der Sozialbericht macht ein weiteres Mal deutlich, wie wichtig die Entwicklung gemeinsamer politischer Maßnahmen in Form einer koordinierten Sozialpolitik ist.

Die Bundesregierung muss jetzt zeigen, ob sie es mit ihrem Willen zum Integrationsfortschritt ernst meint, oder sie es bei Lippenbekenntnissen belässt. Denn zu einer vertieften Europäischen Integration gehört unausweichlich, dass Europa auch sozial zusammenwächst und sich gegenseitig unterstützt. Ein erster Schritt wäre, gemeinsame Maßnahmen wie den von uns unterstützten Vorschlag der EU-Kommission einer Jugendgarantie umzusetzen. Mit ihr soll gewährleistet werden, dass junge Arbeitssuchende innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nach Verlust ihres Arbeitsplatzes ein gutes Angebot für eine Integration in den Arbeitsmarkt erhalten sollen. Das wird besonders den südeuropäischen Ländern helfen.

Umwelt

Atommüll – Den müssen wir schon selbst entsorgen!

Bislang war unumstritten, dass in Deutschland produzierter Atommüll auch in Deutschland gelagert werden muss. Der jetzige BMU-Entwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie "für die verantwortungsvolle und sichere Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle" fegt diesen Grundsatz weg.

Noch nicht einmal die EU-Vorgabe, dass die Entsorgung im Entstehungsland absoluten Vorrang haben soll, findet sich im Entwurf aus dem Hause Altmaier wieder.

Damit fällt die Bundesregierung sogar hinter den bereits gefundenen Konsens mit den Bundesländern zurück. Heißt es doch in den gemeinsamen Feststellungen zum anstehenden Endlagersuchgesetz sogar wörtlich, dass die "in Deutschland angefallenen radioaktiven Abfälle auch in Deutschland entsorgt werden".

Wenn nun in der Umsetzung der EU-Richtlinie dem Atommüllexport alle Schranken geöffnet werden, dann werden die Bemühungen nach einem Konsens in der Endlagersuche zur Farce. Denn wer soll eigentlich ernsthaft ein politisch schwieriges Standortsuchverfahren umsetzen, wenn gleichzeitig der preiswerteren und innenpolitisch bequemeren Entsorgung durch Müllexport Tür und Tor geöffnet werden? Der Hinweis im Entwurf des Ministeriums, dass ein Atommüllexport "nicht geplant" sei, ist dabei eine höchst verräterische Formulierung.

Wissen wir doch, wie schnell sich in dieser schwarz-gelben Regierung solche Pläne ändern. Die einzige tragbare Position ist für uns, dass wir in Deutschland bei der eindeutigen Ablehnung von Atommüllexport bleiben. Alles andere ist verantwortungslos, politisch feige und zerstört auch die Grundlagen für ein gemeinsames Endlagersuchgesetz.

In eigener Sache

Schwänzerliste – Das war schon ein starkes Stück!

Ich traute meinen Augen nicht, als ich neulich die Rhein-Zeitung aufschlug. Da stand doch eine kleine Notiz im Rheinland-Pfalz-Teil zu der Schwänzerliste des Jahres. Dort wurde aufgeführt, wer die meisten namentlichen Abstimmungen im Bundestag versäumt hatte. Weiter berichtete die RZ, dass auch rheinland-pfälzische Abgeordnete auf der Liste vertreten seien, nämlich Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Andrea Nahles. Soweit der Bericht. Wer jetzt nicht gut informiert war, musste annehmen, dass sowohl Andrea, als auch ich häufig im Bundestag bei wichtigen Entscheidungen einfach nicht da waren und anscheinend andere Prioritäten setzten. Fakt ist, dass wir beide in der jetzigen Legislaturperiode Kinder bekommen haben und deshalb nicht immer in Berlin sein konnten.

Daraufhin haben wir sofort mit der Redaktion in Koblenz Kontakt aufgenommen, um diesem falschen Eindruck entschieden entgegen zu treten. Die Redaktion hat sofort gemerkt, dass dieser Artikel nicht richtig recherchiert war und zugesagt, das gerade zu rücken. Leider haben sie dabei wieder einen Fehler gemacht und geschrieben, dass ich in 2012 ein Kind bekommen hätte. Ja, wenn’s läuft, dann läuft’s. Auf unsere erneute Reaktion auf diesen Fehler wurde seitens der Redaktion vereinbart, dass nun ein Artikel erscheinen soll, der endgültig klar stellt, dass ich keinesfalls eine Schwänzerin bin. Der wird in den nächsten Tagen erscheinen.

Ich hoffe, damit ist dann alles gesagt und der falsche Eindruck korrigiert!

Bonbon

„Ich kann nur hoffen, dass der Berliner Flughafen eröffnet wird, bevor das Beamen erfunden wird.“

(Alexander Dobrindt, CSU)

Termine

11.01.13	**19.00 Uhr**	**Neujahrsempfang KSK AK**
12.01.13	**11.00 Uhr**	**Praxiseröffnung Dr. Kohlhaas, Gebhardshain**
	12.30 Uhr	**Tibet-Gesprächskreis in Ingelbach**
	19.11 Uhr	**Prunksitzung Erpel**
13.01.13	**09.00 Uhr**	**TT-Meisterschaft Engers**
	11.00 Uhr	**NJE SPD Melsbach**
14.01.13 – 18.01.13		**Sitzungswoche in Berlin**